

**1. Was ist Ihre persönliche Motivation, für ihre Partei anzutreten? Warum gerade diese Partei?**

Ich bin seit 25 Jahren in außerparlamentarischen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Chemnitz aktiv, unter anderem in der Umwelt- und Klimapolitik, antisozialistischen und antifaschistischen Initiativen sowie der Friedenspolitik. Dabei habe ich DIE LINKE bzw. ihre Vorgängerorganisationen immer als politische Kraft erlebt, die nicht nur den Dialog, sondern die aktive Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen gesucht hat und in diesem Bereich in großem Umfang unterstützt und empowert hat. Diese Haltung habe ich geschätzt und es war auch einer der Hauptgründe, warum ich der Partei schließlich beigetreten bin und mich nun als Stadtvorsitzender und Bundestagskandidat für sie engagiere. DIE LINKE verkörpert für mich einen Dreiklang aus Sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und dem Eintreten für Menschen-, Grund- und Freiheitsrechte, der einzigartig in der politischen Landschaft der Bundesrepublik ist.

**2. Sie möchten als Direktkandidat:in für die Stadt Chemnitz in den Bundestag gewählt werden. Was wollen Sie für Chemnitz im Bundestag erreichen? Und wie wollen Sie dies für uns Chemnitzer:innen besser sichtbar machen?**

Ich sehe den sozialökologischen Umbau unserer Gesellschaft als größte Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte, auch für Chemnitz im Konkreten. Der rapide voranschreitende Klimawandel zwingt dazu, auf allen Ebenen des politischen Systems endlich „in die Puschen“ zu kommen. Das muss nicht nur – wie häufig medial so dargestellt – mit Einschnitten verbunden sein, sondern kann auch große Chancen bieten.

So war Chemnitz nach der Wende lange Zeit nur „verlängerte Werkbank“ in der postfordistischen Industrie- und Wachstumsgesellschaft, was mit entsprechend geringen Einflussmöglichkeiten auf wirtschaftliche Entwicklungen vor Ort und mit miesen Löhnen und Arbeitsbedingungen einherging. Die Fokussierung auf nachhaltige Zukunftstechnologie bietet nach drei Jahrzehnten der Schrumpfung und Stagnation hier endlich die Chance sich an die Spitze von ökonomisch-technologischen Wertschöpfungsketten zu setzen: Chemnitz als Innovationszentrum statt als „verlängerte Werkbank“. Die Produktion von synthetischen Kraftstoffen ist nur ein Beispiel für solch hoffnungsvolle Prozesse, die in Chemnitz ihren Anfang nehmen könnten und die mit besseren Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen hier einhergehen würden. Solche Prozesse möchte ich als Bundespolitiker aktiv begleiten und durch schlaue Struktur- und Förderpolitik unterstützen, wo es nur geht.

Weiterhin ist es ein Unding, dass eine Großstadt wie Chemnitz immer noch nicht an das Fernverkehrsnetz der Bahn angeschlossen ist. Das ist eine vorhandene ökologisch nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, die im Gegensatz zur individuellen E-Mobilität bereits vorhanden ist bzw. nur reaktiviert werden müsste. Hier möchte ich durch das Organisieren von überparteilichen, lokalpolitischen Druck auf die zuständigen Gremien im Bund endlich Tatsachen und Ergebnisse schaffen, die meiner Meinung nach auch kurzfristig zu erreichen sind. Wichtig ist es mir dabei nicht nur den Ausbau der Strecke Chemnitz Leipzig in den Blick zu nehmen, sondern durch den schnellen Ausbau der Strecken Richtung Erfurt und Nürnberg Chemnitz in mehrere Richtungen an den Fernverkehr anzuschließen.

Schließlich sehe ich mich nicht als Politiker, der den Menschen verspricht ihre Probleme stellvertretend für sie zu lösen. Was mich mehr interessiert, ist es mit den Menschen gemeinsam an den Lösung ihrer Probleme zu arbeiten, d.h. sie zu empowern, sich dieser Probleme selbst anzunehmen und ihre Rechte einzufordern. Dafür bin und

werde ich auch als Bundestagsabgeordneter jeder Zeit ansprechbar sein. Selbstverständlich möchte ich auch meine Arbeit im Parlament durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit, nicht zuletzt über die Sozialen Medien, und eine ausgedehnte Präsenz im Wahlkreis maximal transparent für alle interessierten Bürger:innen machen.

**3. Die Kommunen ächzen unter der Last des exponentiellen Wachstums mancher Leistungen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, wie beispielsweise den Hilfen zur Erziehung. Was wäre Ihr Ansatz, um die Kommunen hierbei zu unterstützen?**

Die Kinder- und Jugendhilfe muss aus meiner Sicht und der meiner Partei dringend reformiert werden, nicht nur aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie, unter der Kinder und Jugendliche besonders zu leiden hatten. Dies aber nicht durch, um Kosten zu sparen, sondern um die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und ihren Bedürfnissen individuell gerecht zu werden. Es ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der Politik überhaupt, die Reproduktion sozialer Ungleichheit endlich mittels vielfältiger und gut vernetzter Maßnahmen zu stoppen. Der Bund hat dies in den letzten Jahren nach Außen sich immer auf die Fahnen geschrieben, de facto aber die Kommunen mit den steigenden Kosten allein gelassen bzw. versucht versteckte Kürzungen durchzusetzen. Darin liegt auch der „Pudels Kern“ für das bisherige Scheitern jeglicher Reformbemühungen.

- Die Einrichtung einer Enquete-Kommission, um die bestehenden Defizite zu analysieren, Zielstellungen einer Reform zu formulieren sowie Fachexpertise adäquat einzubinden und einen transparenten Diskurs sicherzustellen.
- Die Kinder- und Jugendhilfe als Gesamtsystem zu betrachten sowie strukturell und finanziell zu stärken.
- Die individuellen Bedarfe der Adressat\*innen der Kinder- und Jugendhilfe rechtlich zu stärken.
- Eine inklusive Lösung unter Berücksichtigung der teils unterschiedlichen Bedürfnisse auf den Weg zu bringen.
- Die Stellung der Landesjugendämter nicht nur als Fachaufsicht sondern auch als Anleitungs- und Bildungsinstitution für die Jugendhilfe zu stärken, um die Grundlagen für Fachlichkeit und einheitliche Gesetzesauslegung auszubauen.
- Im Rahmen der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gemeinsam mit den Ländern dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen finanziell in der Lage sind, die ihnen obliegende Umsetzung des SGB VIII fachgerecht zu gewährleisten. Das Konnexitätsgebot ist zu achten.

**4. Selbst, wenn die Corona-Pandemie zeitnah bewältigt werden sollte, sind die daraus entstandenen Herausforderungen vielfältig. Viele Fragen zur langfristigen Verteilung der finanziellen Belastung sind noch nicht beantwortet. Was ist Ihr Konzept, um die Lasten zu verteilen? Sehen Sie beispielsweise Steuererhöhungen für Besserverdiener:innen als ein geeignetes Mittel zur Finanzierung?**

Diese Frage kann ich als LINKER mit einem eindeutigen „JA!“ beantworten. Schon vor der Pandemie war die Vermögens- und Reichtumsverteilung in unserer Gesellschaft sehr ungleich. Das hat sich durch die Krise noch verschärft. Deshalb denke ich, dass zu deren Bewältigung diejenigen mit den „starken Schultern“ auch mehr tragen sollten. Deshalb fordert DIE LINKE eine Abgabe auf große Vermögen von über 2 Millionen Euro (Netto) zur Bewältigung der Corona-Krise. Generell braucht es mehr Umverteilung

von Oben nach Unten, um die angesprochene große Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu mildern. Deshalb wollen wir auch wieder eine Vermögenssteuer erheben und Schlupflöcher bei der Erbschaftsteuer für Riesenvermögen schließen. Gleichzeitig wäre es so möglich den Großteil der Bevölkerung mit niedrigen und mittleren Einkommen steuerlich deutlich zu entlasten und trotzdem staatliche Mehreinnahmen von bis zu 90 Mrd. Euro jährlich zu erzielen. Damit könnten wir die großen gesellschaftlich notwendigen Transformationsprozesse finanzieren und viele Investitionen in sozialpolitische Maßnahmen, bessere Bildung, Digitalisierung sowie die Mobilitäts- und Energiewende stemmen.

**5. Hinter dem oft einfachen erscheinenden Begriff der Politikverdrossenheit versteckt sich vielmehr unbeantwortete Fragen von wachsender sozialer Ungerechtigkeit. Wie werden Sie dieser Herausforderung für unsere Demokratie begegnen?**

Die wachsende soziale Ungerechtigkeit liegt zu großen Teilen in der starken Vermögensungleichheit und der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft begründet. Deshalb würde ich ein Stück weit auf meine Antwort auf die vorhergehende Frage verweisen. Hinzu kommt, dass viele Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme nichts bewirkt, weil politische Entscheidungen als „alternativlos“, als Sachzwänge im globalisierten neoliberalen Kapitalismus dargestellt werden bzw. Wirtschaft und Lobbygruppen zu starken Einfluss auf die Politik nehmen. Und dieses Gefühl ist ja auch teils berechtigt: Durch die Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen und Infrastrukturen in den letzten Jahrzehnten hat der Einfluss der Politik, und damit auch der Einfluss der Stimme der Bürger:innen, abgenommen. Diese Entwicklung wollen wir aufhalten und, wo möglich, wieder rückgängig machen, indem dieses Eigentum der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder in die öffentliche Hand und damit in den Einflussbereich demokratischer Entscheidung überführt wird. Weiterhin muss der Einfluss des Wirtschaftslobbyismus auf politische Entscheidungen zurückgedrängt werden. So fordert die LINKE u.a. ein Verbot von Spenden an Abgeordnete, ein verbindliches und transparentes Lobbyregister und eine gesetzlich vorgeschriebene Karenzzeit von mindestens drei Jahren bevor Minister:innen und Staatssekretär:innen zu Unternehmen wechseln dürfen, mit denen sie zuvor politisch befasst waren. Schließlich steht DIE LINKE dafür, demokratische Mitbestimmungsrechte auszubauen, indem z.B. das Wahlalter auf allen Ebenen des politischen Systems auf 14 Jahre abgesenkt wird und langfristig hier lebende Migrant:innen ebenfalls ein Wahlrecht erlangen. Auch sollen Elemente der direkten Demokratie wie Volksinitiative, -begehren und -entscheid auch Anwendung auf Bundesebene finden können.

**6. Spätestens während der Corona-Pandemie wurde sichtbar, dass scheinbar vielen Verantwortungsträger:innen in der Politik die Kultur als verzichtbares Freizeitvergnügen gilt. Mit der Kulturhauptstadt Europa in Chemnitz hat sich jedoch eine ganze Stadt und Region auf den Weg gemacht, um die Kultur essenzielle Zukunftsfragen anzugehen. Wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um?**

Kultur ist für mich ganz sicher kein „verzichtbares Freizeitvergnügen“: Die Freiheit der Kunst ist nach Art. 5, Abs. 3 unseres Grundgesetzes ein elementares Grundrecht. Kunst und Kultur können aber nur frei sein, wenn sie auskömmlich finanziert sind. Für mich ist es daher zwingend, dass Kunst- und Kulturförderung nicht als freiwillige Aufgabe verstanden wird, der je nach Haushaltslage nachgekommen wird, sondern eine Pflichtaufgabe ist, weil sie zur grundrechtlich verankerten Daseinsvorsorge gehört.

Das dieser Politikbereich vorrangig im Kompetenzbereich der Länder und Kommunen liegt, ist es Aufgabe des Bundes, dafür Sorge zu tragen, dass diese so finanziell ausgestattet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Das gilt umso mehr für Chemnitz als Europäische Kulturhauptstadt 2025, einen Titel über den ich mich sehr gefreut habe und ein Prozess der sehr viele Chancen für die Entwicklung unserer Stadt bietet.

Die Politik hat in allen bisherigen Phasen der Coronapandemie die Kunst, Kultur- und Veranstaltungsbranche weitgehend im Stich gelassen bzw. oftmals nicht bedarfs- und sachgerecht unterstützt. Selbst in Niedriginzidenzphasen wie in diesem Sommer sind die Hürden und Widersprüche der Coronaschutzverordnungen für viele Kulturbetriebe und Veranstaltungsstätten kaum greif- und überwindbar. Hier muss die Bundespolitik sofort handeln und ein Sterben von Kunst- und Kultur wirksam verhindern. Aber auch das geht nicht an Schreibtischen in Verwaltungsapparaten sondern nur im Dialog.

**DIE LINKE.**

